

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Sozial- und Kulturausschuss ordnungs- und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet die Vorsitzende bisher noch nicht verpflichtete sachkundige Bürger.

Öffentliche Sitzung:

1	Bericht des Leiters der ARGE Marienheide/Wipperfürth, Herrn Zimmet; - Kinderarmut in Marienheide - Zukunft der ARGE	Drucksache Nr.
----------	--	----------------

Kinderarmut in Marienheide

Die Vorsitzende begrüßt den Leiter der ARGE Marienheide/Wipperfürth, Herrn Zimmet, der über das Thema „Kinderarmut in Marienheide“ berichtet. Hierzu wird eine Übersicht über die Fallzahlen der ARGE Marienheide in Bezug auf die Altersstruktur der Bedarfsgemeinschaften an die Ausschussmitglieder verteilt. Herr Zimmet betont, dass Kinderarmut nicht immer etwas mit Geld zu tun habe. Kinderarmut im Sinne von lebensbedrohlich sei in Marienheide nicht gegeben. Um Kinderarmut zu erkennen, sei es wichtig zu prüfen, wie die Erziehungsberechtigten mit der gegebenen Situation umgingen. Es sei erschreckend zu beobachten, dass z. B. Dreijährige im Kinderwagen säßen, nicht sprechen könnten und noch aus der Nuckelflasche trinken würden. Es sei daher dringend erforderlich, psychische Auffälligkeiten der Eltern frühzeitig zu erkennen, um Auswirkungen auf die Kinder zu verhindern und ihnen ein geordnetes Leben zu ermöglichen.

Resultate aus der Kinderarmut seien z. B. Mangelentwicklung, chronische Erkrankungen durch Rauchen der Mutter während der Schwangerschaft, fehlende Frühförderung, höhere Unfallrate aufgrund mangelnder Begleitung durch die Eltern etc. Es sei auch festzustellen, dass die Gewaltbereitschaft statistisch viel höher sei als bei einem gefestigten Elternhaus. Werte eines sinnvollen gemeinsamen Zusammenlebens seien hier nicht mehr gegeben. Die Vorbildfunktion der Eltern werde nicht so wahrgenommen, wie es nötig sei. Es falle jedoch auf, dass gerade in Aussiedler- oder Zuwandererfamilien, wo Eltern zurzeit keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz hätten, diese bedingungslos alles tun würden, um ihren Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen.

Herr Zimmet erklärt, dass der gesetzliche Auftrag der ARGEN bei Personen ab 15 Jahren immer auf Arbeitsaufnahme ausgerichtet sei; was bedeute, dass viel für die Arbeitsvermittlung, jedoch weniger im sozialen Bereich gemacht werde. Es gebe aber seit einiger Zeit Gesundheitsförderungsmaßnahmen in Form von 1-Euro-Jobs, wo vier Tage pro Woche gearbeitet und einen Tag pro Woche Sport oder Kochen angeboten werde. Hier werde dann z. B. Müttern das Kochen beigebracht. Mittlerweile habe auch die Klinik Marienheide ihre Werkstätten für die ARGE geöffnet. Nach einer Eingangsphase von einem Monat könne ein Therapiebedarf erkannt werden. Sodann sei ein entsprechendes Handeln möglich.

Grundsätzlich sei es wichtig, die Kinder schon in frühen Jahren zu fördern.

Aus dem Ausschuss wird die Frage gestellt, wie viele der Kinder aus Hartz IV-Haushalten den Kindergarten besuchen. Entsprechende Zahlen werden seitens der Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgelegt.

Zukunft der ARGE

Herr Zimmet informiert den Ausschuss darüber, dass die Zukunft der ARGE ungewiss sei und dass die Entscheidung in alle Richtungen gehen könne. Der Oberbergische Kreis habe keine Planungssicherheit. Zurzeit seien 180 Beschäftigte in Oberberg in den ARGEN tätig, wobei täglich Kündigungen der meist befristet eingestellten Mitarbeiter eingingen, die sich andere Arbeitsplätze sicherten. Eine Kommission auf Regierungsebene habe ursprünglich eine Absichtserklärung bezüglich der Zukunft der ARGEN bis Ende März vorlegen wollen. Genaueres werde aber nun wohl erst im Sommer bekannt.

2	Bericht der Schuldnerberatung der Caritas, Frau Weingarten	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Frau Weingarten berichtet über die Arbeit der Schuldnerberatung der Caritas. Eine Aufstellung mit Zahlen ist dieser Niederschrift beigelegt. Die Schuldnerberatungen arbeiteten eng mit den ARGEN im Oberbergischen Kreis zusammen und hätten aus dieser Klientel im Jahr 2009 knapp 1.300 Personen beraten. Die Schuldnerberatungen finanzierten sich aus Kreismitteln, Landesmitteln für die Insolvenzberatung und aus Gewinnüberschüssen der Sparkassen. Die Beratung bei den Wohlfahrtsverbänden sei für die Hilfesuchenden kostenlos.

Die Wartezeit für einen Termin bei der Schuldnerberatung betrage ca. ein Dreivierteljahr. In ganz dringenden Fällen sei auch eine frühere Beratung möglich. Zudem fänden offene Sprechstunden im allgemeinen Sozialdienst ohne lange Wartezeiten statt. Des weiteren werden in dem Erstkontakt (Telefonat) Grundinformationen gegeben. Sofern erforderlich, werden Musterbriefe durch die Schuldnerberatung zur Verfügung gestellt. Existenzsicherung habe zunächst Priorität vor Schuldentilgung. Die Arbeitsweise der Schuldnerberatung richte sich nach der Entstehung der Schulden (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Scheidung). Es werde ein Beratungsvertrag geschlossen, in dem Punkte wie z. B. das Vermeiden von Neuschulden geregelt seien.

Die in der Vergangenheit bei der Caritas angebotenen Gruppengespräche würden nicht mehr praktiziert. Insolvenzberatungen müssten nach einem festen Schema stattfinden und könnten keine Massenveranstaltung sein. Im Wesentlichen müsse individuell beraten werden.

Frau Weingarten informiert den Ausschuss über eine Gesetzesnovelle im Rahmen des Pfändungsschutzes im Juni/Juli 2010. Auf Antrag könne die Bank ein Pfändungsschutzkonto einrichten. Hierfür lege der Klient eine entsprechende Bescheinigung des Gerichtes vor. Diese Bescheinigungen könnten künftig auch von der

Schuldnerberatung ausgestellt werden. Dies führe zu einem erheblichen Arbeitsmehraufwand, der nur mit zusätzlichen Mitarbeitern aufgefangen werden könne.

3	Konzept zum Erhalt der Gemeindebücherei unter Berücksichtigung der Haushaltssituation	Drucksache Nr. BV/038/10
----------	--	------------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Leiterin der Gemeindebücherei, Frau Mattick, anwesend.

Dem Ausschuss wird eine erweiterte Ausfertigung des Konzeptes zum Erhalt der Gemeindebücherei (zu Punkt 8.), datiert vom 03.03.2010, vorgelegt, welche Gegenstand der Beratung sein soll. Das Konzept ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Eggert teilt mit, dass es keine Landesförderung mehr gebe, sondern nur noch eine Projektförderung der staatlichen Büchereistelle.

Die Gemeinde wolle in Verhandlungen mit dem Kreis erreichen, dass eine Kostenzusage für das regelmäßige Neubeschaffen von Medien erteilt wird. Um die Bücherei für den Bürger interessant zu halten, sei dies dringend erforderlich.

Die Personalsituation in der Gemeindebücherei solle bis zum 01.01.2011 geregelt sein. Die weitere Realisierung erfolge dann im Rahmen des PPP-Projekts.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Dem Büchereikonzept in der Fassung vom 03.03.2010 wird zugestimmt.	

4	Durchführung der Altenfeier	Drucksache Nr.
----------	------------------------------------	----------------

Aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinde werden Sponsoren für die Finanzierung der diesjährigen Altenfeier gesucht.

Hierzu ergänzt Herr Eggert, dass mit Sponsorengeldern auch die Personalkosten abgedeckt werden müssten.

Frau Vetter schlägt vor, die Einladungen im Mehrgenerationenhaus vorbereiten zu lassen. Frau Kühr-Honermann habe im "Arbeitskreis Senioren Marienheide" eine entsprechende Zusage gemacht.

Zur Unterstützung am Nachmittag der Altenfeier werden wie in den Vorjahren Listen an die Fraktionen verteilt. Herr Kreßner schlägt vor, Schüler des Jahrgangs 13 der Gesamtschule ebenfalls als Helfer einzusetzen, die dann für ihre Abschlussfeier eine

Spendenbox aufstellen könnten. Hierzu soll Kontakt mit der Schule aufgenommen werden.

5	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

Sozialstrukturatlas

Herr Eggert informiert den Ausschuss darüber, dass die Kreisverwaltung eine Informationsveranstaltung zum Thema „Sozialstrukturatlas“ durchführen wolle.

Es solle gemeldet werden, wie groß das Interesse in Marienheide sei.

Aus dem Ausschuss möchten folgende Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Frau Köster
 Frau Meckel
 Herr Köppen
 Herr Kreßner

Zuzüglich Personen von der Verwaltung.

Das Schreiben der Kreisverwaltung wird dieser Niederschrift beigelegt.

Vorsitzende:

Schriftführer/in:

gezeichnet
 Anke Vetter

gezeichnet
 Birgit Schmidt

Gesehen:

gezeichnet
 Hartwig Eggert